



KOMMENTAR: CHRISTIAN JAKOB ÜBER GEGENSÄTZE

Kein Dienst am Standort

Es war 2005, zu jener Zeit, als Bremen „Europäische Kulturhauptstadt 2010“ werden wollte. Damals tat sich eine Handvoll DJs zusammen und begann, eine Reihe von alternativen Elektro-Parties zu organisieren. Das „Provinzielle“ wollten sie dem Nachtleben austreiben. Die Einladungen für ihre Parties endeten mit der Selbstverweigerung: „Bremen kann was“, solche Subkultur, die sich in den Dienst des Standorts stellt, selbst ohne überhaupt darum gebeten worden zu sein, tut noch Jahre später weh. Und die Befürchtung, dass eine lebendige Kulturszene, geschickt inszeniert, durchwachsen steigende Mieten und Verdrängung zur Folge haben kann, ist mit Sicherheit nicht abwegig.

Deshalb muss es den Neuland-Aktiven hoch angerechnet werden, dass ihnen suspekt ist, wenn sie von der Politik gleichsam mit offenen Armen empfangen werden.

Die Distanz zu wahren, ist dabei schwierig: Die Regierenden, bei denen es sich um die Hausbesetzer von früher handelt, mögen solche Projekte – wie übrigens auch den Bauwagenplatz „Querlenker“ – tatsächlich auf richtig sympathisch finden. Doch letztlich wird sich eine Subkultur immer an den Verhältnissen stoßen müssen. Sonst wäre sie keine mehr. Dass die Auseinandersetzung um ihre Freiräume unter rot-grünen Vorzeichen leichter sein mag, ändert hieran gar nichts.

Erosion der Gegensätze

SUBKULTUR Die eine regiert das Land, die anderen machen subversive Techno-Parties. Doch als die Finanzsenatorin das „Neuland“-Projekt besuchte, verstand man sich



Finanzsenatorin Karoline Linnet hat keine Angst, dass auf sie scharf geschossen wird Foto: Michael Bahlo

VON CHRISTIAN JAKOB

„Hier prallen zwei Welten aufeinander“, sagte Finanzsenatorin Karoline Linnet (Grüne), als sie am Freitagmorgen das temporäre Kulturprojekt „Neuland“ besuchte. Sie selbst repräsentierte die eine davon: den Staat mit seinen Gesetzen und seiner Verwaltung. Also genau das, womit die alternativen Künstler und DJs, die seit sechs Wochen in der stadteigenen ehemaligen Suchtklinik an der Neuenlander Straße residieren, am liebsten gar nichts zu tun haben würden.

Die Subkulturschaffenden hatten den Besuch deshalb mit gemischten Gefühlen erwartet. Dass die zweite Bürgermeisterin

zu ihnen kommen wollte, stimmte skeptisch: „Daran sieht man doch, dass wir hier als welcher Standortfaktor betrachtet werden“, hieß es vorher. Eben dies wollte man vermeiden – zu gegenwärtig sind die Erfahrungen aus Berlin oder Hamburg, wo die Kreativen vor allem deshalb hofiert werden, um das Standortimage aufzuwerten.

„Ich habe gehört, dass es Menschen gibt, die sich benutzt fühlen“, sagte Linnet dazu. So richtig verstehen, könne sie dies aber nicht: „Wenn wir nix machen, sind wir blöd und wenn wir was tun, dann heißt es, wir benutzen die freie Szene.“

Sie begründete ihren Besuch damit, dass sie sich ansehen wol-

le, was Zwischennutzung funktionieren kann. Ihrem Ressort ist die Immobilien Bremen zugeordnet. Die verfügt über rund 100 leer stehende Gebäude, von denen immerhin ein Zehntel für

„Wenn wir nix machen, sind wir blöd und wenn wir was tun, heißt es, wir benutzen die freie Szene“

eine Zwischennutzung geeignet ist – so wie die „Neuland“-Klinik. Den Vertrag mit den Künstlern hatte die Zwischennutzungsagentur ZZZ vermittelt. Dass die

ein „formalisiertes Verfahren“ anbietet, um Immobilienbesitzern die „Angst zu nehmen, die Zwischennutzter nie wieder los zu werden“, fand Linnet „gut“.

Gut fand das auch eine junge Künstlerin, die Linnet berichtete, ohne das Neuland ihr Atelier „in einen Keller“ verlegen zu müssen. Als Linnet fragte, ob man angesichts solcher Raumnot „Beharrungskräfte“ fürchten müsse, wiegelte man ab: Dass man nach dem Sommer wieder ausziehen werde, sei ausgemachte Sache. Im Gegenzug versprach die Senatorin, sich auch bei den übrigen städtischen Gesellschaften für Zwischennutzung einzusetzen. „Die sollen sich da nicht so anstellen.“

So erodierte die Antagonismen schneller, als man hinschauen konnte. Dabei haben die Neuland-Betreiber handfeste Probleme: Seit kurzem müssen sie ihre Techno-Parties schon um ein Uhr morgens beenden, im Regelfall ausgebildete Türsteher beschaffigen. „Dabei geben wir alles dafür, so was selber mit Diskussionen und Einsicht zu reduzieren“, sagte Kris Sahm, der mit dem „Zucker“-Club in das „Neuland“ umzog. Ob das Stadtmittel ihnen gegenüber „hoshaft“ sei, wollte Linnet wissen? „Nein, nein.“ Gesetze seien nun einmal nicht mit Experimenten alternativen Lebens kompatibel.

Linnet zitierte daraufhin volles Verständnis den anarchistischen Staatstheoretiker Leopold Kohr. Der wollte den Staat nur dazu benutzen „um an seiner Überwindung zu arbeiten“. Das war ihnen Gastgebern so sympathisch, dass sie sich schließlich mit der Senatorin zu einem Gruppeneintrag in einer Holzarche aufstellten.